

„Zurück nach Europa“

Zur Westintegration ehemaliger RGW-Staaten

Andrea Komlosy und Hannes Hofbauer

Dies war die Losung der Wendezeit: „Zurück nach Europa“. Sie prangte auf Plakaten, leitete die Reden der neuen, postkommunistischen Klasse ein, zierte ungezählte Buchtitel in tschechischer, polnischer und ungarischer Sprache und diente auch bundesrepublikanischen und österreichischen Medien als Überschrift, wenn es um die zusammenbrechenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen in den östlichen Nachbarstaaten ging. Einzig auf dem Gebiet der DDR wollten die Agitatoren der Wende von 1989 nicht „zurück nach Europa“, sondern anfangs in ein besseres und kurz darauf in ein vergrößertes Deutschland.

Es war der aus großbürgerlichem Haus stammende Theatermann Václav Havel, der die Losung populär machte. Das von ihm begründete „Bürgerforum“ nutzte sie als Wahlkampfmotto. Wer vor den Parlamentswahlen im Frühling des Jahres 1990 Prag besuchte, dem begegnete an allen Orten ein blau-schwarzes Plakat. Darauf war eine in Kuchenform ausgestanzte europäische Landkarte zu sehen, an der eine Leiter lehnte, auf der man nach „Europa“ hinaufklettern konnte. Darunter der Spruch: „Zpět do Evropy!“ – „Zurück nach Europa!“ Nicht zuletzt dieses Wahlplakat bescherte dem „Bürgerforum“ die absolute Mehrheit.

Mit dem Stehsatz „Zurück nach Europa“ brachte die nach 1989 tonangebende Elite im Osten zum Ausdruck, dass sie die kommunistischen Staaten nicht als „europäisch“ angesehen hatte. Politik und Medien im Westen unterstützten sie dabei und dokumentierten damit ihrerseits die Deutungshoheit über den Begriff Europa. Prag, Budapest und Warschau wurden nach dem Zweiten Weltkrieg aus Europa hinaus definiert, um mit der Machtübernahme bürgerlicher Kräfte wieder dort aufgenommen zu werden. Bei dieser Sicht der Zeitgeschichte stellt sich die Frage, welchem Europa Ungarn, die Tschechoslowakei oder Polen vor der Epoche des Kommunismus entkommen waren. Welchem Europa kamen sie abhanden? Dem des Zweiten Weltkrieges und der Nazi-Diktatur, die bis 1945 den Kontinent verwüstete? Wohl kaum. Dem Europa der Zwischenkriegszeit, als in Ungarn Miklós Horthy und in Polen Józef Piłsudski an der Macht waren und die Tschechoslowakei mit extremen deutsch-tschechischen bzw. ungarisch-slowakischen ethnischen Spannungen zu kämpfen hatte? Man könnte sich ein paar ausgewählte Jahre unmittelbar nach 1918 ausdenken, um sich daraus jenes Europa schönzufärben, in das man 1989 zurückkehrte. Ebenso wäre es möglich, sich in die Zeit zwischen 1945 und 1948, also die knapp drei Jahre vor der kommunistischen Machtübernahme, zurückzusehen, um 40 Jahre später daran anzuknüpfen. Doch wer will schon positiv an die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und die Jahre der Flucht und Vertreibung von geschätzten zwölf Millionen Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen erinnern?

Die Losung vom „Zurück nach Europa“ entbehrte jeder historischen oder geographischen Dimension. Sie war pure Ideologie und stand sozio-ökonomisch für Liberalis-

mus und die (periphere) Anbindung an den Weltmarkt und militärisch für die Eingliederung in den Nordatlantikpakt.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Die Dynamik ging vom Westen aus, genauer: von der durch die USA geführten Allianz der drei atlantischen Siegermächte. Schon kurz nach der Konferenz von Bretton Woods, die Anfang Juni 1944 im noblen Hotelkomplex am Fuße des Mount Washington im US-Bundesstaat New Hampshire stattfand, war klar, dass Moskau am Aufbau einer von den USA betriebenen Welt-Finanzarchitektur nicht teilhaben wird. Die Sowjetunion, welche die Hauptlast der deutschen Aggression zu tragen hatte, war zwar Teilnehmerin in Bretton Woods, zog sich aber bald darauf zurück und nahm die ihr zugeteilten Anteile für Weltbank und Internationalen Währungsfonds nicht wahr. Auch auf europäischer Ebene gingen die drei westlichen Siegermächte unmittelbar nach 1945 geopolitisch und ökonomisch in die Offensive. Das „European Recovery Program“, vulgo Marshall-Plan, bildete den Kern eines transatlantischen Integrationsprojektes. Zusammen mit seinem Gegenstück, dem Embargoregime des „Coordinating Committee on Multilateral Export Controls“ (COCOM), verfolgte es vier Ziele:

- eine Absatzförderung für US-amerikanische (und kanadische) Produkte in den wiederaufzubauenden Märkten des zerstörten Westeuropa (mit der Ausnahme Franco-Spaniens);
- eine staatliche Förderung für die Konversion der US-amerikanischen Schwerindustrie von Militärgütern auf zivile Güter;
- eine rasche wirtschaftliche Integration der 16 europäischen Marshallplanländer (plus Triest, ab 1950 erhielt auch Jugoslawien Marshallplan-Gelder) durch das System der sogenannten Ziehungsrechte. Damit wurde ein multilaterales Clearing-Verfahren gegenseitiger staatlicher Verbindlichkeiten geschaffen;
- eine Abschottung gegenüber dem von kommunistischen Parteien regierten Osteuropa durch Embargomaßnahmen, insbesondere durch Exportverbote für über 1500 Warengattungen durch das COCOM.

Marshall-Plan und COCOM zogen in wirtschaftlicher Hinsicht seit dem Frühjahr 1948 Europas Trennlinie in einen bürgerlich-parlamentarisch regierten Westen und einen kommunistisch-staatsparteilichen Osten. Über die Verwendung von ERP-Mitteln, die durch ein System von sogenannten Gegenwertkonten immer wieder aufgefrischt wurden, wachten US-Beamte z. B. in österreichischen Ministerien bis ins Jahr 1962.¹ Seither wird der ERP-Fonds von einer Bundeseinrichtung verwaltet. Als erstes Land Osteuropas wurde übrigens Ungarn im Jahr 1993 von den COCOM-Embargolisten gestrichen.

Die Gründung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war eine Antwort auf das seit April 1948 operative Duo Marshall-Plan für den Westen und COCOM für den Osten. Der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow stand dafür politisch Pate, das entsprechende Kommuniqué wurde am 25. Jänner 1949 veröffentlicht. Neben der Sowjetunion unterzeichneten Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und

Bulgarien das Gründungsdokument, ein Monat später trat Albanien bei, im September 1950 folgte, ein knappes Monat nach ihrer Staatswerdung, die DDR.

Anders als der Marshall-Plan, der organisatorisch durch die zeitgleich ins Leben gerufene „Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (OEEC, ab 1961 OECD) unterstützt wurde, setzte der RGW von Anfang an bewusst auf die Unterstützung nachholender Industrialisierung in den einzelnen Teilnehmerstaaten.² Der Fokus der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung lag im Stahlbereich, dem Motor der industriellen Entwicklung, in dem historische Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur sowie regionale Unterschiede bei Kohle- und Eisenvorkommen großräumige Planung von Werken und Rohstoffversorgung nach sich zogen. Die Ständige Kommission für Schwarzmetallurgie mit Sitz in Moskau sollte Investitionen, Materialversorgung, Produktionsquoten, Produktpalette und Absatz koordinieren, geriet aber in strukturelle Widersprüche mit den Zielen der nationalen Entwicklungspläne. Das System wurde von Moskau aus zentralistisch über Fünf- bzw. Siebenjahrespläne verwaltet, wobei die bis zuletzt fehlende Konvertibilität der einzelnen nationalen Währungen dazu führte, den sogenannten Transferrubel als gültiges zwischenstaatliches Zahlungsmittel zu etablieren. Die Sowjetunion befand sich trotz ihrer hegemonialen Stellung in der Rolle eines Rohstoffexporteurs im „sozialistischen Weltsystem“, der Fertigwaren aus den Satellitenstaaten importierte.

Bis Mitte der 1970er Jahre funktionierte der durch den RGW vorangetriebene wirtschaftliche Wiederaufbau, was Indexzahlen für die Industrieproduktion eindrucksvoll belegen. Sie schnellten z.B. für Polen von 79 (1960) auf 289 (1975) oder für Ungarn von 78 (1960) auf 206 (1975) in die Höhe.³ Das entsprach ähnlichen Entwicklungen in Italien oder in Spanien, wo der Industrieproduktionsindex zwischen 1960 und 1975 von 77 auf 168 bzw. von 72 auf 295 anstieg. Die 1960er und frühen 1970er Jahre sahen auch den Höhepunkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der RGW-Mitgliedsstaaten. Die Intensität des miteinander betriebenen Austausches variierte jedoch beträchtlich. So zeigt die Außenhandelsstatistik in den Jahren zwischen 1970 und 1976, dass Bulgarien jenes Land mit der höchsten Verflechtung im RGW-Raum war, durchschnittlich 75 % seiner Importe und Exporte kamen bzw. gingen dorthin. Für die ČSSR und die DDR waren es 65 %, für Ungarn 60 %. Polen verringerte in den 1970er Jahren seinen Außenhandel mit RGW-Partnern von 67 % (1970) auf 50 % (1976), während Rumänien im Jahr 1974 weniger als 35 % seines Außenhandels mit RGW-Ländern betrieb. Für die Sowjetunion, die über den Export und Import von Rohstoffen relativ stark mit dem Weltmarkt verflochten war, weist die Statistik einen Anteil von knapp über 50 % aus.⁴ Die Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1973/74 zeigen sich im Jahr darauf auch im Intra-RGW-Handel mit einer deutlichen Delle, was beweist, dass der gesamte von Moskau geführte Block nicht vom Weltmarkt entkoppelt war.

Spätestens 1975 war es mit dem Wirtschaftsaufschwung in Osteuropa vorbei. Die Aufnahme westlicher Kredite für nationale Entwicklungsprogramme (vornehmlich in Rumänien) oder zur Ankurbelung des Massenkonsums (in Ungarn) bewirkte eine zunehmende Orientierung des Außenhandels in Richtung OECD-Staaten. Der Ost-West-Handel der sechs osteuropäischen RGW-Staaten erlebte zwischen 1960 und 1980 eine Ausweitung um das 13-fache bei den Exporten und das 15-fache bei den Importen.⁵ Wo der Westhandel die größte Rolle spielte, folgte die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation GATT (Polen 1967, Rumänien 1971, Ungarn 1973) und sorgte dafür, dass

der Handel den Regelwerken des kapitalistischen Weltmarktes folgte. Mit Ausnahme der DDR, die über den zwischendeutschen Handel mit der BRD verflochten war, öffneten sich sämtliche osteuropäischen RGW-Staaten – allen voran Rumänien, Ungarn und Polen – für Joint Ventures und/oder Kooperationen; westliche Unternehmen profitierten dabei vom niedrigen Lohnniveau der nach Osteuropa „verlängerten Werkbänke“; osteuropäische Regierungen erhofften sich Technologietransfer und Anschluss an westliche Innovationen.⁶ Die fortgesetzte westliche Embargopolitik, die in den Nachkriegsjahrzehnten noch durch eine selbstbewusst auftretende Wiederaufbaugeneration im kommunistischen Osten kompensiert werden konnte, verstärkte jedoch die strukturellen technologischen Defizite und stoppte den wirtschaftlichen Aufholprozess. Das erhoffte Upgrading fand nicht statt. Vielmehr stieg die Verschuldung kontinuierlich an – von 64,4 Mrd. US-Dollar im Jahr 1980 auf über 100 Mrd. im Jahr 1989 für alle sechs osteuropäischen RGW-Staaten in Summe.⁷ Wenn sich dabei – außer in Ungarn und Bulgarien – die Handelsbilanz seit 1977 vom Negativen ins Positive verkehrte⁸, spiegelt dies lediglich das Bemühen, der steigenden Verschuldung durch Erhöhung der Exporte oder Drosselung der Importe Herr zu werden.⁹

Als erstes RGW-Mitglied trat Rumänien im Jahr 1972 unter Präsident Nicolae Ceaușescu dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bei, Ungarn folgte 1982, Polen 1986. Die damit erfolgte Abhängigkeit von der internationalen Finanzorganisation verkleinerte die Möglichkeit staatlicher Steuerungsfähigkeit bzw. lenkte diese in Richtung marktwirtschaftlicher Reformen und sozialer Sparmaßnahmen.

Damit gelang es dem Westen, in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine erste Bresche in den RGW zu schlagen. Die drei Kreditnehmer Rumänien, Ungarn und Polen gerieten in eine Schuldenfalle, wobei sich insbesondere der rumänische Staats- und Parteichef den IWF-Austeritätsbedingungen ohne Wenn und Aber unterwarf. Ceaușescu wurde zur Inkarnation einer kompromisslosen Sparpolitik, die auch nicht davor zurückschreckte, den öffentlichen Verkehr in Städten nur während der Hinfahrt zum Arbeitsplatz aufrechtzuerhalten oder staatlich verordnete niedrige Zimmertemperaturen im Winter festzulegen. Kurz vor seiner Hinrichtung am weströmischen Weihnachtstag des Jahres 1989 konnte das rumänische Staatsoberhaupt noch verkünden, sämtliche Schulden des IWF zurückgezahlt zu haben. Die vollkommene Rückzahlung nicht nur der Zinsen, sondern auch des Kapitals retteten ihn allerdings nicht vor dem Genickschuss. Sein postkommunistischer Nachfolger, Ion Iliescu, profitierte dann von der Schuldenfreiheit, indem er westliche Zurufe in Richtung sozial einschneidender liberaler Reformen lange Zeit ignorieren konnte, weil Rumänien von westlichen Finanzinstitutionen mangels Schuldtitel nicht erpressbar war.

Am 28. Juni 1991 votierten die Mitglieder des RGW ohne Gegenstimme für seine Auflösung, ein halbes Jahr später paraphierten die Präsidenten Russlands, Weißrusslands und der Ukraine ein einseitiges Blatt Papier, auf dem sie „die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als Subjekt des internationalen Rechts und als geopolitische Realität“ für inexistent erklärten.¹⁰ Den wirtschaftlichen Todesstoß hatte der RGW allerdings bereits zuvor erhalten. Denn am 1. Juli 1988 veröffentlichte Moskau ein neues Genossenschaftsgesetz, dessen Artikel Nr. 28 es in sich hatte. Dort wurde, ganz im Geiste der damals vorherrschenden Ideologie der Perestroika, der „sozialistische Wettbewerb“ ausgerufen; und zwar nicht bloß als Redebeitrag oder Wunschvorstellung, sondern konkret. Von der Investitionsentscheidung bis zur Lohngebarung konnten nun selbständige

Wirtschaftskörper autonom ihre Entscheidungen treffen. Und was für den RGW bzw. sein Ende besonders brisant war: auch der Außenhandel unterlag mit dem Genossenschaftsgesetz keiner staatlichen Kontrolle mehr, jede Kooperative hatte ab sofort „das Recht, mit ausländischen Partnern Außenhandelsgeschäfte zu machen (...) und den dabei erzielten Erlös in ausländischer Währung zu behalten.“¹¹ Der Fall des Außenhandelsmonopols besiegelte nicht nur das Ende der Planwirtschaft, sondern auch jenes des RGW.

Wende von innen, Druck von außen

Von den Stimmen, die während der Wendezeit von einem besseren Sozialismus oder einer sozialistischen Marktwirtschaft träumten, wollen wir hier einmal absehen. Sie waren ohnedies bald obsolet und vergessen. Als wichtiger für die neue, postkommunistische Wirklichkeit entpuppten sich liberale ApologetInnen, die bereits seit Mitte der 1980er Jahren in diversen staatlichen Wirtschaftsinstituten des Ostblocks an Plänen für eine wirtschaftliche Umgestaltung – nichts anderes bedeutet der auch in die deutsche Sprache eingegangene Begriff Perestroika – arbeiteten.

Der anfangs von staatlicher Seite gestellten Aufgabe, dem zunehmenden Verlustes des politischen Primats über ökonomische Prozesse ein taugliches sozialistisches Konzept gegenüberzustellen und damit den staatlichen Einfluss wiederum zu erweitern, konnten die Fachleute nicht gerecht werden; zu weit war die Weltmarktintegration von Ländern wie Polen oder Ungarn bereits fortgeschritten und zu abhängig war in jenen Jahren die Sowjetunion von Nahrungsmittelimporten, insbesondere von Weizen, aus dem Westen; ganz zu schweigen von der bereits seit 1976 bestehenden Dollarisierung im Energiesektor Osteuropas. Nun war beispielsweise am Moskauer Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften von der „Einführung einer völligen wirtschaftlichen Rechnungsführung“ die Rede, mithin der Aufgabe staatlicher Preispolitik. Der Direktor des Think Tanks, Leonid Abalkin, plädierte bereits im Oktober 1988 für die Durchsetzung eines harten Wettbewerbs: „Es ist völlig offensichtlich, dass ein Vorankommen ohne Wettbewerb, ohne Kampf und Wetteifern unmöglich ist.“¹²

Angesehene Ökonomen wie Václav Klaus vom Prognostischen Institut der Akademie der Wissenschaften in Prag oder András Inotai vom Weltwirtschaftsinstitut in Budapest gaben die Stichworte für eine neue, liberale Wirtschaftspolitik. Dabei war auch die Frage der Arbeitskosten zentral. Sie wurden als zu hoch und damit als schädlich für die Konkurrenzfähigkeit von Produkten auf dem Weltmarkt eingeschätzt. Inotai sprach im November 1988 von der „Notwendigkeit einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (...), unrentable Arbeitsplätze müsst(en) schrittweise wegrationalisiert werden.“ Noch im planwirtschaftlichen Denken verankert, empfahl er der Regierung eine Arbeitslosenrate von 4%, als ob sich nach dem Verlust des politischen Primats über ökonomische Prozesse Prozentzahlen dekretieren ließen. „Wir hoffen, dadurch einen flexibleren Arbeitsmarkt ohne allzu hohe Arbeitslosenzahlen zu bekommen“, meinte er.¹³

Freilich, wünschen konnte man sich Ende der 1980er Jahre viel. Die Wirklichkeit der Weltmarktlogik nahm auf solche Reste politischer Steuerungsphilosophie indes wenig Rücksicht. Die Bedingungen für einen sozial und regional verträglichen Übergang von einer scheiternden planwirtschaftlichen Transferrubel-Ökonomie zu einer

von Kapitalverwertung getriebenen Gesellschaft waren schlecht. Im Inneren der Wendestaaten kam eine unerfahrene postkommunistische Elite ans Ruder, die den externen Druck entweder ohnedies herbeisehnte oder ihm nichts entgegenzusetzen hatte. Von außen drängten Weltbank und Internationaler Währungsfonds auf eine rasche Eingliederung der maroden osteuropäischen Volkswirtschaften am unteren Ende weltweiter Güterketten. Dazu kamen Handelsabkommen, die einerseits in Sektoren wie der Landwirtschaft, in denen osteuropäische Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig gewesen wären, die westeuropäischen Märkte schützten, und andererseits im Osten Liberalisierungen einforderten, die wiederum die dortige Industrie der westlichen Konkurrenz schutzlos auslieferten. Dies beschleunigte eine De-Industrialisierung und verwandelte osteuropäische Standorte in verlängerte Werkbänke für westliche Unternehmen. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verstärkte die Europäische Union den Druck und implantierte mit einem 80.000 Seiten starken „Acquis communautaire“ – dem „gemeinsamen Besitzstand“ der EU – die Grundpfeiler von bürgerlichem Parlamentarismus und Kapitalherrschaft in die osteuropäischen Gesellschaften.

Als entscheidend für die sozial und ökonomisch zerstörerisch verlaufenden Transformationsjahre erwies sich die politische Schwäche der neuen Führungsgarnituren. In den zwei multiethnischen Gebilden des Ex-RGW konnten (oder wollten?) sie nicht einmal die Territorialität der Staatlichkeit zusammenhalten. So zerbrachen die Sowjetunion und die Tschechoslowakei 1991 bzw. 1993 in ihre ethnischen Bestandteile. Mit den jeweils kleineren nationalstaatlichen Einheiten tat sich ihr westliches Gegenüber, sei es in Gestalt der beiden internationalen Finanzorganisationen oder später der Europäischen Union, wesentlich leichter. Im bevölkerungsreichen Polen wiederum, dessen Territorialität von niemandem in Frage gestellt wurde, herrschte in den Jahren nach der Wende ein bis heute kaum aufgearbeitetes politisches Chaos, in dem Regierungswechsel zu einem jährlichen Ritual gehörten. Ausschlaggebend für die politische Instabilität waren die in wechselnden Parteienkonstellationen gegeneinander antretenden Interessen von Investoren und Privatisierungsgewinnern, die auf marktliberale Reformen setzten, und der Rücksichtnahme auf ein Minimum sozialer Abfederung. Regierungskräfte, welcher Couleur auch immer, waren der maßgeblichen Einflussnahme von Lobbygruppen internationaler Investoren ausgesetzt, wie beispielsweise dem American Chamber of Commerce oder dem European Round Table of Industrialists, die Niederlassungen und osteuropäische Ableger bildeten – in Polen etwa das Center for International Private Enterprise (CIPE) oder die Polish Information and Foreign Investment Agency.¹⁴ Zwischen 1989, als mit dem liberal-katholischen Tadeusz Mazowiecki der erste Nichtkommunist nach dem Zweiten Weltkrieg eine Regierung führte, und 2005, als die konservativ-katholische Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit) Jarosław Kaczyńskis ihre erste Regierungszeit antrat, wechselten einander gezählte zwölf Ministerpräsidenten – davon einer doppelt – im Amt ab. Das ergibt während 17 Jahren, die für die Art der Eingliederung Polens in die westlichen Polit- und Wirtschaftsstrukturen von entscheidender Bedeutung waren, eine durchschnittliche Amtszeit von nicht einmal eineinhalb Jahren. Eine dermaßen geschwächte Staatsführung verfügt über einen denkbar geringen Handlungsspielraum auf internationalem Parkett.

Als im Jahr 2004 die große Osterweiterung der Europäischen Union ins Werk gesetzt wurde, konnten nur zwei der acht neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten auf eine

Territorialität zurückblicken, die den Zusammenbruch des Kommunismus überlebt hatte: Ungarn und Polen.

Auch die internationale politische Bühne hielt Anfang der 1990er Jahre große Hindernisse für die Staaten des Ex-RGW bereit. Wirtschafts- und Handelspartner außerhalb des US-Dollar- bzw. DM-Raumes waren schwer zu finden. Zudem fielen die drei wichtigsten und finanziell kräftigsten Partner, mit denen teilweise auf Barter-Basis Geschäfte gemacht worden waren, aus. Unter dem Druck der USA belegte die UNO im Jahr 1990 den Irak und zwei Jahre später Libyen sowie (Rest-)Jugoslawien mit umfassenden Embargos. Länder wie Bulgarien und Rumänien litten besonders unter dem Ausfall dieser traditionellen Partner.

Hyperinflation und Schocktherapie

Um eine rasche Westintegration der früheren RGW-Staaten bewerkstelligen zu können, bedurfte es zweier einschneidender wirtschaftspolitischer Vorgänge. Hyperinflation und Schocktherapie bildeten die Grundlage für die Neuausrichtung. Alle Länder des Ostens mit Ausnahme der Tschechoslowakei und Ungarn sahen sich in den Jahren 1989 bis 1992 mit einer dreistelligen Inflationsrate konfrontiert. In Polen verteuerten sich die Konsumenten- und Investitionsgüterpreise zwischen 1989 und 1990 um 600%, womit in wenigen Monaten das in der Zeit der Kommune Erarbeitete nichts mehr wert war. In Bulgarien, Rumänien und Slowenien kletterte die Inflationsrate 1992 auf 320% bzw. 200%, während sie im vorletzten Jahr des Bestandes der Tschechoslowakei bei 60% und in Ungarn bei 35% zu liegen kam.¹⁵ Damit waren die in RGW-Zeiten angehäuften Konsumversprechen vom Markt genommen, was einer Enteignung all jener gleich kam, die nichts als ihre Arbeitskraft und ein Sparbuch besaßen.

Gleichzeitig mit der Hyperinflation sanken die Reallöhne. In Polen half dabei interessanter Weise sogar die Gewerkschaft Solidarność mit, als sie Anfang April 1989 am sogenannten „Runden Tisch“ einem Sozialpakt zustimmte, in dem eine Indexierung der Löhne im Verhältnis zu den Preisen von 0,8 zu 1,0 beschlossen wurde, was einen Reallohnverlust von 20% bedeutete. Dies geschah noch, bevor der ultraliberale Ökonom Leszek Balcerowicz als polnischer Finanzminister am 1. Jänner 1990 den nach ihm benannten Wirtschaftsplan in die Tat umsetzte. Zusammen mit dem IWF-Mann Jeffrey Sachs zerschlug er in kürzester Zeit große Teile des staatlichen Sektors (mit Ausnahme der Grundstoffindustrie, vor allem der Kohle), lockte ausländische Investoren ins Land, entließ massenhaft Arbeitskräfte und drängte die staatliche Gewerkschaft OPPZ ins Abseits. Wofür Margaret Thatcher in Großbritannien ein Jahrzehnt gebraucht hatte, gelang Balcerowicz in einem halben Jahr.¹⁶

Mit ähnlichen, jedoch meist nicht ganz so radikalen Sozialkuren wurden auch die anderen Länder Osteuropas für Investoren aus dem Westen fit gemacht. Extreme Lohnunterschiede erleichterten den Schritt ins ehemalige Feindesland. Während Mitte der 1990er Jahre die durchschnittliche Bruttolohnstunde in den westlichen Bundesländern Deutschlands bei 44 DM und in den neuen Bundesländern bei 26,50 DM lag, betrug der Stundenlohn in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei zwischen 3 und 4 DM und lag in Rumänien bei 1,40 DM.¹⁷

Als großes Hemmnis für den wirtschaftlichen Anschluss des Ostens an die sozio-ökonomischen Gepflogenheiten im Westen erwies sich die Immobilität der Arbeiterschaft. Im Weltbankbericht der Jahres 1995 heißt es dazu in verschwurbelter Sprache: „Beträchtliche Einschränkungen der Arbeitskräftemobilität behindern die Arbeitsmärkte in den Reformländern. Die Aufhebung dieser Restriktionen (...) kann die Arbeitsmobilität ankurbeln.“¹⁸ Wie wir wissen, gelang die Herstellung eines kapitalistischen Arbeitsmarktes vorzüglich. Länder wie die Slowakei und Ungarn fungieren 30 Jahre nach der Wende als verlängerte Werkbänke für deutsche, koreanische, japanische, französische und britische Autobauer.¹⁹ Und der gesamte osteuropäische Raum dient seither als Arbeitskräftelieferant für westeuropäische Zentralräume. So geht aus einer Studie des IWF aus dem Jahr 2016 hervor, dass zwischen 1990 und 2012 fast 20 Millionen Menschen ihre Heimat im Osten verließen und auf westliche Arbeitsmärkte migrierten. Dass dieselbe Studie dann noch feststellt, dass dieser Verlust an „Humankapital“ durch Massenauswanderung das BIP der einzelnen Staaten um durchschnittlich 7 % geschmälert hat, klingt nach den obigen Weltbank-Empfehlungen zynisch.²⁰ Die Schlussfolgerung der IWF-Studie blickt im selben Stil nach vorne und empfiehlt Ländern wie der Slowakei und Polen ihrerseits den massenhaften Import billiger Arbeitskräfte aus der Ukraine. Bratislava und Warschau kamen dieser Anregung prompt nach, Millionen von UkrainerInnen werken seither in Polen und der Slowakei, wo sie u.a. die PKW-Produktion westlicher Unternehmen aufrecht erhalten.

Bis zur peripheren Integration osteuropäischer Volkswirtschaften in die Europäische Union, die sich in bislang drei Etappen (2004, 2007, 2013) nach Osten erweiterte, kam es in allen Neumitgliedern anfangs zu einer Phase der Deindustrialisierung. Die Produktion von Industriegütern sank – je nach Land unterschiedlich – um 40 % bis 70 %.²¹ Am härtesten betroffen waren dabei Polen, Bulgarien, Rumänien sowie Kroatien. Auch im Agrarbereich sanken die Erträge in der Phase der Transformation teilweise in atemberaubender Geschwindigkeit, so beispielsweise in der ehemaligen Kornkammer der österreichisch-ungarischen Monarchie, Ungarn, zwischen 1990 und 1999 um 28,4 %.²² Die Deindustrialisierung ging einerseits mit extremen Arbeitsplatzverlusten einher und führte andererseits zu massiven Auswanderungsbewegungen. Insgesamt gingen (ohne die baltischen Republiken) im Zeitraum zwischen 1990 und 2000 10,5 Millionen Arbeitsstellen verloren.²³ Parallel dazu stiegen in den frühen 1990er Jahren Arbeitslosigkeit und Todesraten und sank der Kalorienverbrauch.²⁴ Der daran anschließende Strukturwandel brachte neben völlig geänderten Eigentumsverhältnissen auch eine stark von den EU-Zentralräumen, insbesondere von Deutschland, abhängige Neuausrichtung im Außenhandel²⁵, eine Anbindung an die DM bzw. später für eine Reihe von Ländern eine Teilnahme an der Euro-Zone. 30 Jahre nach der Wende ist Osteuropa politisch und wirtschaftlich nach Westen gerückt.

Anmerkungen

- 1) Vgl. hierzu: Hannes Hofbauer, *Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau*. Wien 1992, S. 121
- 2) Adam Zwass, *Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe 1949 bis 1987. Der dornige Weg von einer politischen zu einer wirtschaftlichen Integration*. Wien – New York 1988; Renate Damus, *RGW – Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Osteuropa*. Wiesbaden 1979.
- 3) Die Zahlen sind auf der Basis von 1963 = 100 indexiert. Vgl. B.R. Mitchell (Hg.), *European Historical Statistics 1750 – 1975*. London-Basingstoke 1987.
- 4) Damus, *RGW*, S. 99.
- 5) Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), *Comecon Data* 1981.
- 6) Andrea Komlosy, *Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des Eisernen Vorhangs*. In: Enderle-Burcel Gertrude/Stiefel Dieter/Teichova Alice, „Zarte Bande“. Österreich und die planwirtschaftlichen Länder (= Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs Sonderband 3). Wien 2006, S. 64 f; Carl H. Mc Millan, *Forms and Dimensions of East-West-Interfirm Cooperation*, in: C.T. Saunders (ed.), *East-West-Cooperation in Business*. Wien-New York 1977, S. 28–60.
- 7) WIIW, *Comecon Data* 1988.
- 8) WIIW, *Comecon Data* 1988, vgl. auch Hannes Hofbauer/Andrea Komlosy, *Restructuring Eastern Europe*, in: *First International Conference of Social Critical Reviews*, 10–12 April, 1991. Eszmélet Books, Budapest, S. 259.
- 9) Ebd., S. 253 f; Andrea Komlosy, *Österreichs Brückenfunktion*, S. 66.
- 10) Zit. In: Nikolai Ryschkow, *Mein Chef Gorbatschow. Die wahre Geschichte eines Untergangs*. Berlin 2013, S. 202.
- 11) *Gesetz der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über das Genossenschaftswesen* (gezeichnet von Andrej Gromyko und Tengis Menteschaschwili). Moskau/Kreml, am 26. Mai 1988.
- 12) Interview mit Leonid Abalkin. Zit. In: Hannes Hofbauer, *EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen*. Wien 2007, S. 41.
- 13) Interview mit András Inotai. Zit. In: Ebd., S. 40.
- 14) Andrea Komlosy, *Systemtransformation als Krisenmanagement. Der RGW-Umbruch im globalen Kontext (1973–2013)*, in: Adamczyk Dariusz/Lehnstaedt Stephan (Hg.), *Wirtschaftskrisen als Wendepunkte. Ursachen, Folgen und historische Einordnungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 33). Osnabrück 2015, S. 359 f.
- 15) Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.), *Countries in Transition 1995*, S. 38 ff.
- 16) Dorothee Bohle/Béla Greskovits, *Capitalist Diversity on Europe's Periphery*. Ithaca 2012
- 17) Zahlen laut Institut für die Deutsche Wirtschaft (1996), zit. in: Hans-Jürgen Wagener/Heiko Fritz, *Transformation – Integration – Vertiefung. Zur politischen Ökonomie der Osterweiterung*. Bonn 1998, S. 32
- 18) Weltbank (Hg.), *Arbeitnehmer im weltweiten Integrationsprozess (Weltentwicklungsbericht 1995)*. Washington-Bonn 1995, S. 131.
- 19) Hannes Hofbauer/David X. Noack, *Slowakei. Der mühsame Weg nach Westen*. Wien 2012, S. 162; Komlosy, *Systemtransformation*, S. 365 f.
- 20) Nadeem Ilahi/Anna Ilyina/Daria Zakharova, *Emigrations slows Eastern Europe's Catch Up with the West*, siehe: <https://blogs.imf.org/2016/07/20/emigration-slows-eastern-europes-catch-up-with-the-west/>
- 21) Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.), *Countries in Transition 1995*, S. 38 ff.
- 22) László Andor, *Ungarn. Vom Modell- zum Problemfall*. In: *Ost-West-Gegeninformationen* Nr. 3/2000. Graz 2000, S. 9.
- 23) Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.), *Countries in Transition 1995*, S. 38 ff.
- 24) Zwischen 1989 und 1993 stieg die Todesrate mit Ausnahme der Tschechoslowakei in allen osteuropäischen Ländern signifikant an, und zwar um 5,1 bzw. 5,2 % in Ungarn bzw. Polen, um 7,5 % in Bulgarien und um 9,4 % in Rumänien. Vgl. hierzu: UNICEF (Hg.), *Crisis in Mortality, Health and Nutrition. Economic in Transition Studies (Regional Monitoring Report Nr. 2, August 1994)*. Florenz 1994, S. 35 f.
- 25) So stiegen beispielsweise die ungarischen Exporte in den EG/EU-Raum zwischen 1990 und 2000 von 42,1 % auf 75,2 %, die polnischen von 52,7 % auf 69,9 % und die bulgarischen gar von 5,6 % auf 51 %; ähnliche Zahlenreihen gibt es bei den Importen. Siehe dazu: Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.), *Countries in Transition 2001*. Wien 2001, S. 289 f.